

Stadtratssitzung vom 22. Januar 2016

Postulat Nr. P 11/2015

Postulat betreffend aktive Suche nach Wohnraum für Flüchtlinge

Alice Kropf (SP), Franz Schori (SP), Till Weber (Junge Grüne), Reto Vannini (BDP), Daniela Huber Notter (BDP) und Mitunterzeichnende vom 20. August 2015; Beantwortung

Wortlaut des Postulates

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, aktiv nach geeignetem Wohnraum für Flüchtlinge in der Phase II¹ zu suchen, resp. Boden für mobile Bauten zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Die Kollektivunterkunft im RAZ Allmendingen wurde Ende 2014 gemäss der Vereinbarung mit den kantonalen Behörden geschlossen. Der Betrieb verlief nahezu reibungslos. All die Befürchtungen, die im Vorfeld geäussert wurden, sind nicht eingetroffen. Trotzdem ist es aufgrund des fehlenden politischen Willens unrealistisch, dass in Thun demnächst erneut eine Kollektivunterkunft eröffnet werden kann.

Im Kanton Bern besteht ein grosser Mangel an geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten für Asylsuchende. Der Regierungsrat hat die Situation im Asylbereich bereits im Sommer 2014 zur Notlage erklärt. Vor kurzem hat der bernische Polizeidirektor Hans-Jürg Käser die Öffnung von Zivilschutzanlagen für Asylsuchende bei fünf Gemeinden (Aarberg, Neuenegg, Oberhofen, Wohlen und Täuffelen) verfügt. In einem dringenden Appell ruft er die Gemeinden zur Mithilfe bei der Lösung des Problems auf. Durch die steigende Zahl von Flüchtlingen, welche in Europa Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, wird in nächster Zeit wohl kaum eine Entschärfung der Situation eintreffen.

Thun als drittgrösste Stadt im Kanton steht in der Pflicht, mit mehr Engagement ihren Anteil zur Lösung der fehlenden Plätze beizutragen. Man nehme sich ein Beispiel an der 2000-Seelen Gemeinde Rüderswil im Emmental. Dort hat der Gemeinderat die Bevölkerung dazu aufgerufen, frei stehenden Wohnraum bei der Gemeinde zu melden, damit die Wohnungen an Asylsuchende vermietet werden können.

Damit Platz in den bestehenden Kollektivunterkünften im Berner Oberland für die wöchentlich neu zugewiesenen Flüchtlinge in der Phase I geschaffen werden kann, muss für Asylsuchende in der Phase II Wohnraum gefunden werden. Hier könnte die Stadt Thun eine aktivere Rolle einnehmen und damit ihren Solidaritätsbeitrag erhöhen. Zumal die zentrumsnahe Unterbringung von Asylsuchenden bezüglich Integration und Arbeitssuche viele Vorteile bringt.

Eine Möglichkeit wäre, bei der armasuisse abzuklären, welche Pläne für das seit längerer Zeit leer stehende und ausrangierte Zeughaus im Schoren bestehen, und ob die armasuisse allenfalls Hand bieten würde für eine Umfunktionierung in Wohnraum für Flüchtlinge. Eine erste Anfrage hat ergeben, dass das Gebäude die nächsten 15 Jahr leer steht.

Zudem könnte das Amt für Stadtliegenschaften leer stehende Wohnungen vermehrt bei der Asylkoordination melden und sie zu fairen Konditionen vermieten.

¹ http://www.pom.be.ch/pom/de/index/migration/schutz_vor_verfolgung-asy/organisation_desasylbereichsimkantonbern.html

Weiter soll der Gemeinderat prüfen, dem Beispiel anderer Städte und Gemeinden zu folgen und dem Kanton für die Erstellung von mobilen Bauten Boden zur Verfügung stellen (z.B. Parkplatz Lachenwiese). In Zürich bewähren sich die Containersiedlungen sehr. Diese werden nicht als Kollektivunterkünfte betrieben, sondern dort sind Asylsuchende untergebracht, die normalerweise individuell in Wohnungen leben würden (Phase II).

Stellungnahme des Gemeinderates

Die Asylkoordination Thun (AKT) hat in ihrem Zuständigkeitsgebiet (Verwaltungsregion Oberland) in den letzten 12 Monaten aus eigener Kraft zusätzlichen Wohnraum für die Unterbringung von 125 Flüchtlingen in der 2. Unterbringungsphase gefunden und angemietet. Anfang November 2015 konnten zusätzlich noch zwei Notwohnungen in den Pfarreien St. Martin und St. Marien in Thun eingerichtet und mit zwei (4- und 8-köpfigen) Flüchtlingsfamilien belegt werden. Die aktuelle Zahl der in den rund 180 Mietwohnungen betreuten Personen beträgt 600 (rund 25% Zuwachs). Die Wohnungssuche ist eine Daueraufgabe der AKT. Mit der Aufstockung des Personals wird die Suche nach geeigneten Wohnungen noch intensiviert. Auch die Zahl der in der 1. Phase (Zentren) untergebrachten Flüchtlinge stieg von 160 auf 190, indem in den Zentren zusätzlich 30 Notbetten aufgestellt worden sind. Die neue Notunterkunft in Oberhofen, die ab November 2015 in Betrieb ist, bietet Platz für weitere 30 Flüchtlinge.

Die Stadt Thun verfügt derzeit über keine leeren Wohnungen. Dies ist auch im Sinne des Auftrags des Gemeinderates an das Amt für Stadtliegenschaften, keinen Leerstand zu halten. Die Anfragen der Stadt Thun zum Erwerb des Zeughauses im Schoren wurden abgelehnt, da es sich bei dieser Liegenschaft um eine Kernimmobilie des Bundes handelt, für die längerfristig keine Nutzungs- oder Besitzstandsänderung vorgesehen ist. Zudem befindet sich das Objekt in der Zone mit Planungspflicht ZPP T Gwatt-Schoren, in der nur Arbeiten, jedoch keine Wohnnutzungen zugelassen sind.

Die Idee von mobilen Bauten könnte grundsätzlich realisiert werden, vorausgesetzt, es kann dafür ein geeigneter Standort gefunden werden. Momentan kann die Stadt Thun keinen geeigneten Standort empfehlen. Die Stadt Thun wird jedoch aktiv nach Wohnraum und geeigneten Orten für diesen Zweck suchen und diese nach bau- und planungsrechtlichen Grundlagen überprüfen.

Antrag

Annahme.

Thun, 16. Dezember 2015

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident
Raphael Lanz

Der Stadtschreiber
Bruno Huwyler Müller